

## Von heute an gelten neue Corona-Regeln

Wiesbaden richtet sich nach hessischer Schutzverordnung / Letzter Impftag im RMCC

**WIESBADEN** (red). Vom heutigen Donnerstag, 16. September, an gelten in Hessen und damit auch in Wiesbaden neue Corona-Regeln sowie neue Indikatoren für Corona-Schutzmaßnahmen. Die Landesregierung hat die Coronavirus-Schutzverordnung (CoSchuV) entsprechend aktualisiert und bis 14. Oktober verlängert (siehe unter „Hessen“, Mittwochs Ausgabe). Die aktuell noch geltende städtische Allgemeinverfügung wird somit von Donnerstag an nicht

mehr vollzogen und zeitnah förmlich aufgehoben. Nun gelten maßgeblich die Regelung der CoSchuV.

Bürger, die noch eine Impfung im Impfzentrum erhalten wollen, müssen sich beeilen: Der letzte Tag, an dem Impfungen im RMCC durchgeführt werden, ist Samstag, 18. September. Bis dahin ist es noch möglich, im Impfzentrum ohne Termin eine Erst-, Zweit- oder bei entsprechender Priorisierung eine Drittimpfung kostenlos zu erhalten.

## Top vorbereitet, fair diskutiert

Wahlforum an der Carl-von-Ossietzky-Schule mit sechs Direktkandidaten

Von Anke Hollingshaus

**WIESBADEN.** Professionell vorbereitet, diszipliniert gefragt und fair diskutiert: So lässt sich das Wahlforum an der Carl-von-Ossietzky-Schule zusammenfassen, zu dem die Direktkandidaten von CDU, SPD, Grünen, FDP, Linken und AfD eingeladen waren. Organisiert hatten die Oberstufenschüler aus den Politik- und Wirtschaftsleistungskursen (Powi) die Veranstaltung gemeinsam mit ihren Lehrkräften. Moderiert hat der Powilehrer Jörn Bollinger.

Klima, Soziales und Außenpolitik

Zu drei Themenblöcken befragten die Schülerinnen und Schüler, von denen viele am 26. September schon zur Wahl gehen können, die Direktkandidaten Ingmar Jung (CDU), Nadine Ruf (SPD), Uta Brehm, (Grüne), Lucas Schwalbach (FDP), Daniel Winter (Linke) und Erich Heidkamp (AfD).

Wie kann Deutschland es schaffen, Klimaschutz und erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu kombinieren? Das ist „das drängendste Problem der nächsten Jahre“, sagte Ingmar Jung. Die Wege zu mehr Klimaschutz offenbarten Unterschiede. Während der CDU-Mann „ohne Zwang und Verbote“ agieren möchte, sagte Winter, der Staat müsse „die in die Verantwortung nehmen, die bisher viel profitiert haben“. Mit der Energie- und Verkehrswende und dem Umbau der Industrie sei ein klimaneutrales Leben „gut möglich“, meint Brehm. „Beim Ausbau erneuerbarer Energien müssen wir schneller werden“, betonte Nadine Ruf. Lucas Schwalbach will der Wirtschaft „richtige Rahmenbedingungen“ bieten und verteidigte die FDP-Haltung, erst 2050 ein klimaneutrales Deutschland schaffen zu wollen. Und Erich Heidkamp findet „das

Ziel richtig, den Weg aber problematisch“. Man dürfe nicht „den eigenen Wohlstand vergessen.“

Stichpunktartig streiften die sechs die Themen, denn für jedes Statement blieben ihnen nur 60 Sekunden Zeit, dann klingelte zum ersten Mal ein Glöckchen. Es musste manchmal eingesetzt werden, aber nicht vehement. Alle hielten sich an die Vorgaben.

Sozial- und Innenpolitik waren die nächsten Schwerpunkte: Keine Überraschungen. Lieber Anreize und Hilfe beim Aufbau von Vermögen (FDP), und Unterstützung dabei, den „Aufstieg zu schaffen“ (CDU) auf der einen Seite, höherer Mindestlohn, Kinder- und allgemeine Grundsicherung auf der anderen. Mehrmals sprach Nadine Ruf von einer „progressiven Mehrheit“, die sie sich wünsche. „Wollen Sie lieber mit der Linken oder mit der FDP koalieren“, wollten Schüler denn auch wissen. „Tja, wenn die Hürde Außen- und Sicherheitspolitik nicht wäre ... Was in unserem Programm steht, kriegen wir mit CDU und FDP nicht umgesetzt.“ Am Ende, bei Fragen, auf die man per Karte nur mit Ja oder Nein antworten konnte, war Daniel Winter der einzige, der bei Nato-Austritt mit Ja stimmte.

Die Schülerinnen und Schüler beschäftigt das Afghanistan-Debakel. Die Bundeswehr, sagte der AfD-Mann Heidkamp, soll sich „auf die nationale Verteidigung beschränken“. Lucas Schwalbach will eine „wertebasierte“ Außenpolitik, Brehm mehr „präventive Politik“, Winter lehnt Rüstungsexporte ab, Ruf ist gegen bewaffnete Drohnen, Jung und Schwalbach sind dafür.

Die zwei Schulstunden waren „historisch“, merkte Schulleiter Niko Lamprecht noch an. Denn die Runde war „das letzte politische Ereignis in unserem Altbau“. Nach den Herbstferien werden alle in den Neubau umgezogen sein.



Zwölf Bewerber treten im Wahlkreis 179 in Wiesbaden an, um die Interessen der Bürger im Bundestag zu vertreten.

Archivfoto: dpa

# Geringe Chancen, hoch motiviert

Im Kurzporträt: Die Wiesbadener Direktkandidaten der kleineren Parteien für die Bundestagswahl – Teil 1

Von Michaela Luster

**WIESBADEN.** Neben den etablierten Parteien wie zum Beispiel SPD, CDU und Grüne haben auch kleinere Parteien und Gruppierungen Wiesba-

dener Direktkandidaten für die Bundestagswahl am 26. September aufgestellt. Sie haben keine echte Chance, denn nur eine oder einer kann das Rennen um das Mandat für die Landeshauptstadt machen.



Was ist ihre Motivation? Für welche Themen stehen sie? Wir stellen die Kandidatinnen und Kandidaten in Kurzporträts vor: In der heutigen Donnerstagsausgabe sind Liberal-Konservative Reformer, Die

Partei, Piratenpartei und Bürgerrechtsbewegung Solidarität dran. In der morgigen Freitagsausgabe erscheint schließlich der zweite und letzte Teil mit Freie Wähler, Die Humanisten, Volt und Die Basis.



Foto: Lucien Peter

**Lucien Peter**  
Liberal-Konservative  
Reformer

### Existenznöte in jedem Alter verhindern

(era). Sozialjurist, Sozialpädagoge und in der Schuldner- und Insolvenzberatung tätig: Nicht überraschend stellt Sozialpolitik den Schwerpunkt für Lucien Peter dar. Der gebürtige Wiesbadener ist Direktkandidat der Liberal-Konservativen Reformer (LKR) für die Bundestagswahl. Seit drei Jahren ist Peter bei der LKR politisch aktiv, dort mittlerweile Landesschatzmeister Hessen. „Das ist die Partei, mit deren Programm ich mich zu 95 Prozent identifizieren kann.“ Schon bei der Kommunalwahl hatte er kandidiert. Jetzt versucht er auf Bundesebene, seine Themen einzubringen. „Durch meine berufliche Tätigkeit habe ich die gesellschaftlichen Probleme ständig vor Augen.“ Etwa die von Rentnern: Dass sie im Alter aus Geldnot Flaschen sammeln müssen, will er nicht hinnehmen. „Wir müssen das Rentensystem ändern, weil es inzwischen viel mehr ältere als junge Bürger gibt.“ Aktienfondsgebundene Altersvorsorge wie im Ausland sei zum Beispiel ein möglicher Weg. Skandinavien sieht er auch in Sachen Bildung und Steuerabgaben („Momentan zu hoch hier“) als Vorbild. „Wir müssen Existenznöte verhindern – das fängt bei Kindern an.“



Foto: Lukas Haker

**Lukas Haker**  
Die Partei

### Gut für die eigene Rente

(ml). Lukas Hakers Motivation für seine Kandidatur ist eindeutig. „Ich möchte einfach meine Rente aufbessern“, sagte der 22-jährige Stadtverordnete von der Satirepartei „Die Partei“. Wenn er dann in der Regierung sei, wolle er sich mit seinen Kollegen und dem Klima an einen Runden Tisch setzen und bessere Konditionen für die Menschen aushandeln. Weitere wichtige Themen für den jungen Wiesbadener, der an der Louise-Schroeder-Schule eine Ausbildung zum Erzieher macht, sind das bedingungslose Grundeinkommen und ein Maximalvermögen. Wer mehr als zehn Millionen Euro – „von mir aus aber gern auch nur eine Million“ – besitzt, soll das abgeben müssen. Die Arbeit als Stadtverordneter gemeinsam mit den Linken mache ihm viel Spaß: „Es ist eine Freude zu sehen, wie sich Konservative und Progressive etwa bei Verkehrsthemen zerfleischen.“ Haker ist für den Erhalt der Salzachtalbrücke in ihrem jetzigen – havarierten – Zustand und Umbenennung in Andreas-Scheuer-Gedächtnisbrücke nach dem amtierenden Bundesverkehrsminister (CSU). Und während er all das vorschlägt, bleibt er völlig ernst.



Foto: Florian Zenk

**Yasmin Schulze**  
Piratenpartei

### „Wir brauchen direkte Demokratie“

(era). Nachdem Yasmin Schulze an der Großdemo am Hambacher Wald für einen schnelleren Kohleausstieg teilgenommen hatte, war ihr klar: „Ich will politisch aktiv sein.“ Seit drei Jahren gehört sie nun der Piratenpartei an, für die sie jetzt als Direktkandidatin bei der Bundestagswahl antritt. Bundesweit unterstützt sie schon das Social-Media-Team der Piraten. Die 24-Jährige ist in Lich bei Gießen geboren und lebt seit Dezember in Wiesbaden. Sie studiert zurzeit Germanistik und Politikwissenschaft in Frankfurt. „Nachdem ich mich in die Programme aller Parteien eingelese habe, kam nur die Piratenpartei infrage“, sagt sie. Das liege auch daran, dass bei den für sie wichtigen Themen Klimapolitik und -schutz die Piraten „das mit Abstand beste Programm“ hätten: Die Energiewende müsse dezentral gestaltet sein. Ein Kohleausstieg sei schon 2024 realisierbar, wenn man Subventionen stärker auf erneuerbare Energien umlege. Zu ihren Themen gehören aber auch mehr Transparenz und Infos zur Arbeit von Politikern, kosten- und barrierefreier Zugang zu Wissen sowie mehr Bürgerbeteiligung in Form von Volksentscheiden: „Wir brauchen direkte Demokratie, um nicht nur alle vier Jahre bei der Wahl mitentscheiden zu können.“



Foto: Alexander Hartmann

**Alexander Hartmann**  
BüSo

### Bei allen Wahlen dabei

(ml). Schon um die 21 oder 22 Wahlkämpfe hat Alexander Hartmann nach eigenen Angaben absolviert. Bei der Landtags-, der Europa-, der Oberbürgermeister- und der Kommunalwahl war er schon am Start. Dieses Mal geht der 60-Jährige erneut als Direktkandidat für die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) zur Bundestagswahl ins Rennen. Ist das nicht nervig, wenn man keine reelle Chance hat? „Ich trete an, um Themen in die öffentliche Debatte zu bringen, um die andere einen großen Bogen machen“, winkt Hartmann ab. Keine gute Idee sei etwa die „Konfrontationspolitik gegen Russland und China“. Er kritisiert außerdem die „Hysterie über die globale Erwärmung“. Die Energiewende mache die produzierende Wirtschaft kaputt, ist sich Hartmann sicher. Er halte es für ein „absolutes Übel“, dass die EU die Verwendung von Düngemitteln begrenze: „So gibt es weniger landwirtschaftliche Produkte und die wenigen werden für ärmere Länder unerschwinglich.“ So werde das Ganze zum „Massenmordprogramm“. Wie viele Stimmen er bekomme, spiele keine große Rolle für ihn. Bei der letzten Kommunalwahl hatte es die BüSo nicht ins Stadtparlament geschafft.



Zum letzten Mal im Altbau der Ossietzky-Schule: Wahlforum mit sechs Direktkandidaten. Foto: René Vigneron